

## Bildung im Bundestagswahlkampf

„Bildung ist Ländersache.“ – Diese Aussage ist mindestens so alt wie die Bundesrepublik Deutschland selbst. Gerade die jüngste Vergangenheit hat aber gezeigt, dass der Bund auch in der Bildungspolitik munter mitmischt. Mit dem Digitalpakt und dem Startchancen-Programm seien nur zwei markante Beispiele genannt. Deshalb lohnt es sich aus meiner Sicht auch, die Wahlprogramme aller im Bundestag vertretenen Parteien im Hinblick auf ihre bildungspolitischen Aussagen unter die Lupe zu nehmen.

### **CDU/CSU: Ja zu Aufstieg durch Bildung**

Das Thema „Aufstieg durch Bildung“ findet sich gleich in mehreren Wahlprogrammen. Am prominentesten haben es CDU und CSU platziert, indem sie ihre Ausführungen zur Bildungspolitik mit genau dieser Überschrift einleiten. Ihr Ziel: „Kinder bekommen unabhängig von Herkunft und Geldbeutel die Chance, das Beste aus sich herauszuholen.“ Eine ähnliche Formulierung findet sich aber auch im Wahlprogramm der SPD und für die FDP muss Bildung wieder „der Schlüssel für den persönlichen Aufstieg und ein selbstbestimmtes Leben sein“.

CDU und CSU sind hingegen die einzigen Parteien, die deutlich aussprechen, am bestehenden Bund-Länder-Verhältnis in der Bildung festhalten zu wollen: „Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern wollen wir in Form und Inhalt deutlich verbessern, ohne die klar geregelten Zuständigkeiten infrage zu stellen.“ Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal von CDU/CSU ist der kritische Blick auf die Social-Media-Nutzung von Kindern und Jugendlichen: „Die frühe Nutzung von Social Media hat Auswirkungen auf die Gesundheit sowie die Lern- und Leistungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen, auch in der Schule. Diese werden wir schnellstmöglich wissenschaftlich basiert bewerten und ein Maßnahmenpaket zur Stärkung von Gesundheits- und Jugendmedienschutz vorlegen.“ Bei diesem wichtigen Thema hätte ich mir auch von den anderen Parteien eine Positionierung gewünscht.

### **SPD: Wir kämpfen dafür, dass gute Bildung für alle zuverlässig gelingt.**

Die SPD ist die einzige Partei, die für Investitionen in Bildung einen konkreten Finanzierungsvorschlag macht: „Wir wollen die Erbschafts- und Schenkungssteuer reformieren, um gezielt in bessere Bildung für alle Kinder und Jugendlichen investieren zu können. Wie schon beim Startchancenprogramm wollen wir unsere Mittel gezielt dort einsetzen, wo vorgefundene Nachteile bei den Bildungshintergründen von Elternhaus oder Nachbarschaft zu Nachteilen für die Bildungschancen von Kindern werden.“

Darüber hinaus wirbt die SPD (ebenso wie die FDP) für ein Startchancen-Programm für Kitas: „Für eine gezielte Förderung von Kitas in benachteiligten Lagen wollen wir auch mit Bundesmitteln ein Startchancenprogramm schaffen und das Startchancenprogramm an Schulen sukzessive ausbauen. Auch der Digitalpakt Schule muss fortgesetzt und inhaltlich weiterentwickelt werden.“

### **FDP: Weltbeste Bildung für selbstbewusste Bürger**

Anders als die CDU strebt die FDP eine grundlegende Reform des Bildungsföderalismus an, „die einheitliche Standards und eine stärkere Rolle des Bundes in der Bildung möglich macht und in deren Rahmen die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern so geändert wird, dass der Bund die nötigen Finanzierungsverpflichtungen übernehmen kann“.

Zudem setzt die FDP sich für ein „Deutschland-Abitur“ (= bundesweit einheitliche Abschlussprüfungen) ein und spricht sich für eine Notenpflicht spätestens ab der dritten Klasse aus. Die Kultusministerkonferenz (KMK) soll abgeschafft und durch einen Bundesbildungsrat aus Wissenschaftlern, Praktikern, Eltern- und Wirtschaftsvertretern ersetzt werden. Zum Thema

Lehrpläne heißt es: „Wir Freie Demokraten fordern mehr Raum für wirtschaftliche und finanzielle Bildung, MINT-Themen, Demokratie und Politik sowie Medienkompetenz. Wir setzen uns insbesondere für die bundesweite Einführung der Schulfächer Wirtschaft und Informatik ein.“ Aus meiner Sicht spricht die FDP hier wichtige Themen und Fächer an, unbeantwortet bleibt allerdings die Frage, was im Gegenzug gekürzt werden soll.

### **Bündnis 90 / Die Grünen: Eine gute Bildung für gute Chancen**

Ähnlich wie die FDP streben auch die Grünen eine veränderte Kooperation zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik an: „Wo verfassungsrechtliche Beschränkungen zuverlässige und notwendige Investitionen in Bildung aktuell verhindern, werden wir mit den Ländern gemeinsame Ziele und tragfähige Lösungen vereinbaren, um die großen Herausforderungen im Bildungssystem erfolgreich gemeinsam zu bewältigen und auch über neue Gemeinschaftsaufgaben im Grundgesetz sprechen.“

Mit einem „Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung“ wollen die Grünen gemeinsam mit Ländern und Kommunen bundesweit für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit sorgen.

Im Unterricht soll ein Schwerpunkt auf dem Erwerb von Basiskompetenzen sowie auf dem Spracherwerb liegen. Dazu soll die Sprachförderung schon in der Kita beginnen und als durchgängiger Prozess angelegt werden. Zusätzlich sollen in der Schule digitale Fähigkeiten, Medienkompetenz, Bildung für nachhaltige Entwicklung und politische Bildung im Fokus stehen.

### **Die Linke: Gute Bildung**

Die Linke setzt sich in ihrem Wahlprogramm dafür ein, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung aufzuheben und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz zu verankern.

Lernen soll zudem in der Schule stattfinden. Begründung: „Über Hausaufgaben wird soziale Ungleichheit in ungleichen Schulerfolg übersetzt, deshalb wollen wir sie abschaffen.“ Als einzige Partei fordert die Linke in ihrem Wahlprogramm vehement die „Eine Schule für alle“: „Das gegliederte Schulsystem bleibt ein Brandbeschleuniger für soziale Ungleichheit. Wir setzen dagegen auf eine Schule für alle. Sie ist ganztägig organisiert und bietet alle Schulabschlüsse an. Unser Ziel: Eine inklusive Schule, in der alle Kinder unabhängig von Herkunft, Förderbedarf oder sozialen Umständen gemeinsam lernen und wachsen können.“

In dieser einen Schule für alle soll ein „Zwei-Lehrer\*innen-System“ zur Anwendung kommen, denn „zwei Lehrkräfte pro Klasse schaffen mehr individuelle Förderung“. So richtig der letzte Satz ist, so voraussehbar ist auch, dass diese Forderung (leider) nicht umsetzbar ist. Nicht allein die Finanzen stehen dagegen, sondern vor allem der eklatante Fachkräftemangel, der sich weder kurz- noch mittelfristig beheben lassen wird.

### **AfD: Bildung, Wissenschaft und Technologieoffenheit**

Die AfD spricht sich - im Gegensatz zu den Linken - für den Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems aus, will Vorschulklassen wiedereinführen und die Schulpflicht zur Bildungspflicht umwandeln:

„Kinder haben ein Recht auf Bildung und der Staat ist verpflichtet dies sicherzustellen. Er kommt dieser Verpflichtung aber nur noch unzureichend nach. Deshalb wollen wir die im internationalen Vergleich sehr strenge deutsche Schulpflicht lockern und zu einer Bildungspflicht umwandeln.“

Unter der Überschrift „Mut zur Leistung“ heißt es: „Während seit Jahrzehnten die Zahl der Abiturienten immer weiter steigt und die Noten auf dem Papier immer besser werden, fehlen den Auszubildenden und Studienanfängern jedoch mittlerweile grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten. Statt einer Senkung der Leistungsanforderungen müssen die Bildungsstandards aller Schulformen und Bildungseinrichtungen wieder auf das Niveau einer führenden innovativen

Wissenschafts- und Industrienation angehoben werden. (...) Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden; der Haupt- oder Realschulabschluss zur Berufsausbildung befähigen. Im Abschnitt „Meinungsfreiheit statt einseitiger Ideologie“ weist die AfD darauf hin, dass Schule kein Ort für politische Propaganda sei: „Die Lehrer selbst sind unbedingt zur Neutralität verpflichtet. Weder dürfen Sie zur Wahl bestimmter Parteien noch zur Teilnahme an Demonstrationen aufrufen.“

**Sie haben die Wahl!**

Auch ich möchte Sie nicht zur Wahl einer bestimmten Partei aufrufen. Ich schätze mich aber glücklich, in einem Land zu leben, in dem ich frei wählen und an Demonstrationen teilnehmen darf. Deshalb werde ich am 23. Februar natürlich auch von meinem Wahlrecht Gebrauch machen und hoffe, Sie tun es mir gleich.